ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: International Herald Tribune - Dollarschwemme und Vernunft; Le Monde - Abgestufte Gegenangriffe; The Economist - Wird Breschnew helfen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Blick in die Weltpresse: International Herald Tribune - Dollarschwemme und Vernunft; Le Monde - Abgestufte Gegenangriffe; The Economist - Wird Breschnew helfen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 2, pp. 103-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134509

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Dollarschwemme und Vernunft

Paris, 2. 2. 1973 (C. L. Sulzberger): Die größten Probleme zwischen den USA und Europa drehen sich um den Dollar und die Vernunft. Auf beiden Selten des Atlantiks gibt es von beidem zu viel oder zu wenig, je nach dem geographischen Standpunkt des Beobachters. Aber sowohl handels- als auch währungspolitisch muß es zu einem Ausgleich kommen, wenn die NATO in dieser neuerlich flexiblen multipolaren Welt ihren Zusammenhalt wahren soll.

Obwohl die Partner der Allianz nur ungenügend für ihre militärische Stärke sorgen, erwartet für absehbare Zeit niemand die Drohung größerer Kriege. Die internationalen Beziehungen haben sich gewandelt, und die gegenseitige Bedrohung erstarrter Machtblöcke ist anscheinend geschwunden. Wirtschaftliche Rivalitäten ersetzen Rüstungswettläufe und ideologische Gegensätze, aber selbst diese Schwerpunktverlagerung muß nicht von Dauer sein. Und bei dieser allgemeinen Auflockerung, während die unterschiedlichen kommunistischen Systeme offen gegeneinander antreten, konkurrieren die kapitalistischen Staaten um ihre Märkte. Das ist eines der dringendsten Probleme der amerikanischen und europäischen Politiker. Der von Präsident Nixon angestrebte Modus vivendi der riesigen amerikanischen und der sich zunehmend konsolidierenden europäischen Volkswirtschaften erfordert Verhandlungen über unvermeidliche Kompromisse in den wirtschafts- und währungspolitischen Beziehungen. Und das ist wahrlich keine leichte Aufgabe.

Le Monde

Abgestufte Gegenangriffe

Paris, 5. 2. 1973: Das seit August herrschende trügerische Gefühl von Sicherheit ist durch die monetären Ereignisse der vergangenen 14 Tage geschwunden. Von neuem ist der Dollar unter Druck geraten, nachdem man ihn wegen der beginnenden Rückflüsse in die USA wieder für eine feste Währung gehalten hatte.

Überraschend an den in der Nacht von Freitag vom deutschen Kabinett beschlossenen Maßnahmen ist das völlige Fehlen dogmatischen Denkens, das für Herrn Schillers Politik charakteristisch war und im Juli 1972 zu seinem Rücktritt führte. Welcher Weg ist seitdem zurückgelegt worden! Die vorsichtige Anwendung vorhandener Instrumente zur Eindämmung der Dollarflut ist strengen Kontrollmaßnahmen gewichen. Da von jetzt an jede Auslandsinvestition in der Bundesrepublik genehmigungspflichtig ist, können die Deutschen im Ausland keine Anleihen mehr aufnehmen. Noch haben die Banken einen gewissen Bewegungsspielraum, doch sind die zuständigen Stellen offensichtlich entschlossen, gegebenenfalls drakonische Maßnahmen bis hin zur Errichtung eines gespaltenen Devisenmarktes zu ergreifen. Nach der Strategie abgestufter Gegenangriffe beabsichtigen sie anscheinend, ihre Maßnahmen dem jeweiligen Grad der Bedrohung anzupassen.

The Economist

Wird Breschnjew helfen?

London, 3. 2. 1973: Dienstag erklärte Herr Breschnjew, daß das Vietnamabkommen „neue Möglichkeiten für eine Entspannung" eröffnet habe, und wies auf den Nahen Osten als einem der Gebiete hin, wo Rußland und Amerika jetzt gemeinsam die Kriegsgefahr „liquidieren" sollten.

Unglücklicherweise bedeutet die Tatsache, daß Amerikas Rückzug aus Vietnam Herrn Breschnjew ins Konzept paßt, keineswegs, daß er alles in seiner Macht stehende für einen echten Frieden in Indochina und seine Bewahrung unternehmen wird. Möglicherweise glaubt er kaum noch an die russische Version der Domino-Theorie, oder aber er fürchtet, daß zukünftige territoriale Gewinne des Kommunismus im Fernen Osten China, nicht Rußland zugute kommen werden. Aus beiden Gründen könnte er zur Akzeptierung eines gewissen Status quo bereit sein. Aber keinesfalls wird er den Wunsch hegen, daß Südostasien in tiefsten Frieden versinkt.

In diesem Falle würde Rußland seinen Einfluß verlieren ... China, der große Nachbar, würde die indochinesischen Gemüter viel mehr beschäftigen als Rußland. Sowohl China, mit seinen Erfahrungen auf dem Gebiet der Selbsthilfe nach asiatischen Maßstäben, als auch Amerika, mit seinem Überfluß, können im Frieden Südostasien viel wirksamere Hilfe bieten als Rußland.